



Firmen beklagen Liquiditätsprobleme

Die Kantone warten darauf, dass der Bund die Gewährung von Kurzarbeit aufgrund der Coronakrise vereinfacht. Staatsrat Olivier Curty sieht zudem Möglichkeiten, dass der Kanton Bürgschaften und Steueraufschübe bewilligt.

Urs Haenni

FREIBURG Mit der Verbreitung des Coronavirus und den damit verbundenen Weisungen des Bundesrats zeigen sich auch immer mehr Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die Börsenkurse brechen ein, aber auch bei der Freiburger Volkswirtschaftsdirektion gibt es immer mehr Anfragen um Unterstützung. Im Gespräch mit den FN erklärt Staatsrat Olivier Curty (CVP), was der Kanton vom Bund erwartet und was er selber für Möglichkeiten hat.

Wie fit ist die Freiburger Wirtschaft für eine Rezession?

Ich will noch nicht von einer Rezession sprechen.

... für eine allfällige Rezession?

Die Freiburger Wirtschaft hat bisher immer bewiesen, dass sie fit ist. Sie ist sehr diversifiziert, und das ist nun unsere Chance. Die aktuelle Situation stellt leider für die gesamte Wirtschaft einen grossen Stresstest dar.

«Das wichtigste Instrument, das zur Verfügung steht, sind Entschädigungen für Kurzarbeit. Wir erwarten vom Bund Anpassungen dazu.»

Wie schlimm wäre eine Rezession?

Eine Rezession ist immer schlimm. Wir wollen keine Re-

zession und versuchen, sie abzuwenden. Es käme darauf an, wie stark sie wäre, welche Bereiche sie betreffen und wie lange sie dauern würde.

Was sich im Zusammenhang mit dem Coronavirus abzeichnet, ist das vergleichbar mit der Immobilienblase von 2008?

Es ist noch zu früh, um das zu beurteilen. Momentan besonders stark betroffen sind die Veranstaltungsbranche – da gehört von Sport bis Kultur alles dazu – und natürlich der Tourismus. Weiter betroffen sind alle, die international orientiert sind, mit den ganzen Logistikketten, die bis nach China reichen. Und es geht nicht nur um China. Auch Südkorea und Italien gehören zu den 15 Ländern, in welche die Freiburger Unternehmen am meisten exportieren.

Müssen Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft getroffen werden?

Wir erhalten nun die ersten Anfragen für Kompensationsmassnahmen, vor allem von Unternehmen, die Liquiditätsprobleme bekunden und die direkt unter den Bundesentscheiden leiden. Im Staatsrat analysieren wir die Lage zusammen mit dem Bund und anderen Kantonen detailliert. Wir können keine eigene Schiene fahren.

Wo muss der Bund eingreifen, wo die Kantone?

Das wichtigste Mittel, das unmittelbar zur Verfügung steht, ist die Kurzarbeitsent-

schädigung. Aber wir erwarten dazu Anpassungen vom Bund. Einerseits verlangen wir, dass er die administrativen Vorgänge vereinfacht. Dann möchten wir, dass er die Karenzfrist von zehn Tagen verkürzt. Wem heute Kurzarbeit genehmigt wird, der wird erst nach zehn Tagen zu 80 Prozent entschädigt. Die ersten zehn Tage tragen bisher die Unternehmen die finanziellen Folgen. Sehr wichtig ist weiter, dass man den Kreis der Begünstigten ausweiten kann. Momentan können Personen mit befristeten Arbeitsverträgen und Unabhängige keine Kurzarbeit beantragen. Ich denke dabei an all die Kulturschaffenden, die selbstständig auf Mandatsbasis arbeiten. Sie können derzeit nicht von Kurzarbeit profitieren, obwohl sie unter den Betroffenen sind. Da verlangen wir mit Nachdruck Antworten vom Bund.

Wo sind die Kantone gefragt?

Eine sehr kurzfristige aktuelle Auswirkung ist das Liquiditätsproblem. Kurzarbeit kann da nicht wirklich helfen. Wir überprüfen derzeit alle Abgaben, bei denen man einen gewissen Aufschub gewähren könnte. Mehrwertsteuer, Bundessteuer und auch Sozialversicherungen betreffen wieder den Bund, aber Kantonssteuern liegen in unserer Kompetenz. Ein Aufschub bei der Überweisung dieser Beiträge würde den Unternehmen einen gewissen Liquiditätsspielraum geben.



Wo treten diese Liquiditätsprobleme besonders konzentriert auf?

Sie können überall auftreten. Beispielsweise bei einem Küchenbauunternehmen, das Marmor aus Italien bezieht, welcher aber momentan nicht mehr geliefert wird. Das bedeutet, dass eine geplante Küche nicht eingebaut werden kann und dass dem Kunden nicht Rechnung gestellt werden kann. Dennoch muss die Firma ihre Mitarbeiter bezahlen, und dann fehlt es plötzlich an Liquidität.

Sind dem Kanton also die Hände gebunden?

Er muss den Bund unter Druck setzen. Das machen wir auch. Eine Möglichkeit wären auch Bürgschaften. Aber solche Ansätze stecken noch in der Entwicklung, es gilt sie nun zu prüfen. Maximal könnte der Kanton einen Wiederankurbelungsplan entwickeln, so wie früher auch schon.

Was spricht dagegen?

Oft kommen solche Massnahmen zu spät. Bis Konjunkturmassnahmen etabliert sind, dauert es recht lange. Sie sind extrem anspruchsvoll: Sie müssen zielgerichtet sein, schnell ankommen und nur temporär wirken. Ordnungspolitisch müssen sie korrekt und bürokratisch bewältigbar sein.

Bedeutet das, dass der Gang durch alle politischen Instanzen einzuhalten ist?

Nicht unbedingt. Aber der Staat darf nicht in die Marktwirtschaft eingreifen. Es ist schwer zu bestimmen, wer in welchem Umfang von Massnahmen profitieren soll.

Könnte der Kanton mit Darlehen Bank spielen?

Nein. Bank spielen ist unmöglich. Die Banken müssen selber mitmachen. Bestehende Mittel des Kantons sind Bürgschaften. Wir haben ein Bürgschaftssystem, das nicht auf

«Wir haben ein Bürgschaftssystem, das nicht auf Liquiditätsprobleme ausgerichtet ist. Aber man kann es ausweiten.»

Liquiditätsprobleme ausgerichtet ist. Man kann dieses System aber ausweiten. Banken stellen weiterhin das Geld zur Verfügung, und der Kanton bürgt bis zu einem gewissen Betrag. So kann eine Bank auch mehr Risiko nehmen.

Hat die Volkswirtschaftsdirektion schon einen Krisenstab eingesetzt?

Tatsächlich haben wir einen solchen Krisenstab. Das Amt für den Arbeitsmarkt ist über die Kurzarbeit dabei, dazu die Wirtschaftsförderung und indirekt auch der Tourismus, wo momentan die grössten Probleme herrschen. Intern gilt es zu gewährleisten, dass wir, wenn es bei unserem Personal Ausfälle geben sollte, etwa durch eine Quarantäne, weiterhin Kurzarbeitsgesuche behandeln und die Leute bei den Arbeitsvermittlungsstellen betreuen können. Die Volkswirtschaftsdirektion ist in engem Kontakt mit den wirtschaftlichen Akteuren des Kantons. Auch sämtliche Sozialpartner haben wir unter-

dessen getroffen.

Der Freiburger Tourismus zählt zu einem grossen Teil auf Schweizer Gäste. Er sollte eigentlich weniger betroffen sein als Regionen mit mehr internationaler Kundschaft.

Viele Übernachtungen werden momentan annulliert, und es gibt keine neuen Buchungen. Wenn die Betten nicht belegt sind, ist auch die Restauration am Boden. Das ist wirklich dramatisch. Das ist eng verbunden mit dem Veranstaltungsbereich: Grössere Konzerte, Seminare und Kongresse bringen sonst immer Übernachtungen, nun werden sie abgesagt.

Dem Kanton geht es im Moment finanziell gut. Hilft das bei der Bewältigung der Corona-Folgen?

Das könnte eventuell im Zusammenhang mit einem Konjunkturprogramm helfen. Aber es stellt sich dennoch die Frage, ob es das richtige Mittel ist. Das wird nun abgeklärt.

Die Corona-Krise trifft zeitlich mit der Steuerreform zusammen. Entlastet dies die Unternehmen?

Ich denke, das spielt im Moment keine Rolle. Steuern werden rückwirkend bezahlt. Die Fälligkeit der neuen Gewinnsteuern ist erst nächstes Jahr. Wir haben viel eher ein Problem mit der Kurzfristigkeit. Da stellt sich die Frage, wann man die Steuern einzieht und welche Fristen gewährt werden. Wenn die Krise aber zwei oder drei Jahre andauern sollte, könnte das neue Steuerregime sie tatsächlich etwas dämpfen.

Was sind die nächsten Schritte?



Wir erwarten mit Ungeduld die Weisungen des Seco bezüglich Kurzarbeit. Diese muss man dann kommunizieren, umsetzen und anwenden. Auf der Basis dieser Entscheide können wir dann weitere Entscheide auf kantonaler Ebene treffen. Die Schwierigkeit dieser Krise ist, dass sie sich unheimlich schnell entwickelt. Wir müssen also sehr flexibel sein und allenfalls kurzfristig Anpassungen machen.



Olivier Curty (CVP) hat in der Volkswirtschaftsdirektion einen Krisenstab gebildet.

Bild Aldo Elena/a



Die Expo Holstein Sense ist abgesagt

Die auf den 14. März angesetzte Expo Holstein Sense 2020 in Tafers findet nicht statt. Das OK plant, die Schau in einem Jahr zu wiederholen.

TAFERS Das Organisationskomitee der Expo Holstein Sense fällt am Montagabend den Entscheid, den Anlass aufgrund der unsicheren Lage bezüglich des Coronavirus abzusagen. OK-Präsident Rinaldo Lottaz bedauert dies, betont aber, dass die Sicherheit und der Schutz von Helfern, Ausstellern und Zuschauern Vorrang habe. «Wir hatten schon Meldungen von Züchtern, dass sie nicht an der Ausstellung teilnehmen würden. Und eine Viehausstellung ohne Zuschauer konnte sich auch niemand vorstellen.» Der Entscheid sei nach Rücksprache mit dem

Oberamt und einer erneuten Risikoabwägung durch das OK erfolgt. «Wir haben es uns nicht leicht gemacht.» Eine Verschiebung auf Mai oder auf den Herbst sei für die Züchter nicht infrage gekommen. Deshalb solle die Ausstellung im Frühjahr 2021 nachgeholt werden.

In die Vorbereitung der Ausstellung ist gemäss Lottaz schon viel Arbeit investiert worden. Nur dank zahlreicher Sponsoren konnte das Budget von 40 000 Franken ausgeglichen werden. Das OK klärt nun ab, ob die Sponsoren bereit sind, ihre Zusagen für nächstes Jahr aufrechtzuerhalten. Die bisherigen Kosten von rund 3000 Franken werden über den in den Vorjahren geäußerten Expo-Fonds gedeckt.

Träger der Expo sind die Holsteinzüchtervereine Benewil und Sense-Oberland. Sie zählen 43 Züchter mit einem Herdenbuchbestand von etwa 2500 Tieren. Gut 100 Kühe, Rinder und Kälbern hätten in Tafers gezeigt werden sollen. *ju*

Expo Bulle 2020 von Ende Monat ist abgesagt

BULLE Die Ausgabe der Expo Bulle 2020 vom 27. und 28. März hätte eine aussergewöhnliche werden sollen. Erstmals hätten dabei die Besten der Rasse Swiss Fleckvieh beurteilt werden sollen. Daraus wird vorerst nichts. Das Organisationskomitee hat sich am Montag zu einer ausserordentlichen Sitzung getroffen und daraufhin entschieden, die Ausgabe 2020 abzusagen. Wie die Organisatoren mitteilen, fiel der Entscheid nach einer Umfrage bei den Züchtern, die Tiere angemeldet hatten. Die Rückmeldung war klar: Die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Tiere hätte nicht gewährleistet werden können.

Wie es weiter heisst, fällt die Veranstaltung unter den Beschluss des Bundesrats, der Anlässe mit mehr als 1000 Personen verbietet. Die Züchter wurden deshalb gefragt, ob sie an einer Ausstellung unter Ausschluss der Öffentlichkeit teilnehmen würden. Nun ist geplant, die Expo Bulle am 26. und 27. März 2021 durchzuführen. Diese Ausgabe solle dann den Höhepunkt der Weltholsteinkonferenz bilden, die aufgrund des Coronavirus auf Ende März 2021 in Montreux verschoben wurde. *uh*